



Standardangebot

über den Abschluss eines Sharing Vertrages für die Mitnutzung der im Rahmen der
„Breitbandförderung 2020“ durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und
Technologie geförderter Infrastruktur

zwischen

T-Mobile Austria GmbH

Rennweg 97-99

1030 Wien

in Folge „Bestandgeber“

und

XXX

in Folge „Bestandnehmer“

gemeinsam „Vertragspartner“

§ 1

- 1 Der Bestandgeber ist Bestandnehmer der Liegenschaft(en) wie in Anhang 1 ersichtlich und ist zur Errichtung und zum Betrieb seiner Telekommunikationsanlage einschließlich Tragwerk und Antennenanlage berechtigt. Als Eigentümer der auf oben genannter/en Liegenschaft/en errichteten Infrastruktur, die zumindest zum Teil staatlich gefördert wurde, erklärt der Bestandgeber, zum Abschluss der gegenständlichen Vereinbarung befugt zu sein.
- 2 Der Bestandgeber räumt im Rahmen und im Umfang der ihm zustehenden Verfügungsberechtigung dem Bestandnehmer das Recht ein, die in Pkt. 1.1 genannte Infrastruktur auf Kosten des Bestandsnehmers im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften sowie des technisch und wirtschaftlich Möglichen zur Errichtung und zum Betrieb einer technischen Anlage (im Folgenden „eingebrachte Anlage“) mitzubedenutzen. Der Bestandgeber vermietet und der Bestandsnehmer mietet daher die hierfür zuvor einvernehmlich festgelegten Teile dieser Infrastruktur. Die Mitbenutzung ist nicht exklusiv. Der Bestandgeber behält sich eine angemessene Reserve vor.
- 3 Die „eingebrachte Anlage“ dient dem jeweiligen zweckmäßigen Betrieb der Anlage (bspw bei einer Telekommunikationsanlage: dient dem Betrieb von Telekommunikationsdiensten) unabhängig von ihrer Verwertungsart (bspw kommerzielle Nutzung) und umfasst die dafür benötigten technischen Anlagen, Geräte, Anschlüsse und Kabel.
- 4 Jede Änderung an der „eingebrachten Anlage“ durch den Bestandnehmer bedarf der vorhergehenden schriftlichen Zustimmung des Bestandgebers.
- 5 Der Bestandgeber erwirbt an den vom Bestandnehmer „eingebrachten Anlagen“ keinerlei Eigentum. Die „eingebrachte Anlage“ ist nur zu einem vorübergehenden Zweck bestimmt.
- 6 Erforderliche Stromzähler werden vom Bestandnehmer auf eigene Kosten fachgerecht installiert. Der Bestandnehmer rechnet seine anfallenden Energiekosten mit dem jeweiligen Energieversorgungsunternehmen direkt ab.
- 7 Der Bestandgeber gewährt dem Bestandnehmer sowie von ihm beauftragten Dritten – nach Maßgabe von § 1.2 - jederzeit ungehinderten Zugang zu allen mitgenutzten Teilen des Antennentragwerks.
- 8 Der Bestandnehmer wird sämtliche für Errichtung und Betrieb der „eingebrachten Anlage“ notwendige, öffentlich rechtliche Bewilligungen sowie allenfalls erforderliche privatrechtliche Vereinbarungen (Bestands- und Servitutsverträge, Stromlieferungsverträge, etc.) rechtzeitig auf eigene Kosten erwirken, und hält den Bestandgeber in diesem Zusammenhang bezüglich sämtlicher Ansprüche Dritter schad- und klaglos und trägt etwaige Verfahrenskosten.



§ 3

Pflichten des Bestandsgebers

Der Bestandgeber ist verpflichtet,

1. dem Bestandnehmer und von ihm dazu ermächtigten Personen die erforderlichen Bau-, Installations- und Erhaltungsarbeiten für Errichtung und Betrieb der eingebrachten Anlage zu gestatten. Über derartige Arbeiten ist der Bestandgeber zur Vermeidung von Terminkollisionen rechtzeitig, zumindest aber 14 Tage vor Baubeginn, zu informieren. Für allgemeine Wartungsarbeiten bedarf es keiner Anmeldung der Arbeiten beim Vertragspartner. Falls Abschaltungen der Anlagen des Vertragspartners bei Bau-, Installations-, und Erhaltungsarbeiten notwendig sein sollten, so sind diese gemäß Anlage 3 (Arbeitsrichtlinien) beim Vertragspartner anzumelden.
2. Soweit es dem Bestandgeber durch den Bestandvertrag möglich ist, ist dem Bestandnehmer oder von ihm dazu berechtigten Personen ständig Zugang zu der eingebrachten Anlage zu gewähren, wobei hierüber eine gesonderte Regelung gemäß Anhang 2 (Arbeitsrichtlinien) getroffen wird.
3. bei Zustimmung des Bestandgebers zur Überlassung des Nutzungsgegenstandes an Dritte, hat der Bestandgeber sicherzustellen, dass der Betrieb der bereits bestehenden Anlagen nicht beeinträchtigt wird.
4. hat der Bestandnehmer keine eigene Vereinbarung über Errichtung und Betrieb seiner Telekommunikationsanlage mit dem Verfügungsberechtigten über die Liegenschaft abgeschlossen und erfolgt die Mitnutzung auf Grund eines direkten Untermietverhältnisses zwischen Bestandnehmer und Bestandgeber, so übernimmt der Bestandnehmer bei einer Änderung des zwischen dem Bestandgeber und einem Verfügungsberechtigten über eine Liegenschaft abgeschlossenen Standortmietvertrages, sinngemäß auch die dort vereinbarten Bedingungen. Der Bestandgeber hat den Bestandnehmer unverzüglich von derartigen Änderungen in Kenntnis zu setzen.
5. den Bestandnehmer bei Kündigung des Bestandsvertrages zwischen dem Bestandgeber und dem Verfügungsberechtigten über die Liegenschaft unverzüglich und nachweislich hiervon zu verständigen.
6. die Verpflichtungen der Arbeitsrichtlinie (Anhang 2) einzuhalten.



§ 5

Umbauten, Erhaltungsarbeiten, Entstörung

1. Die Vertragsparteien werden einander von geplanten Bau- und Erhaltungsarbeiten, welche die vereinbarte Nutzung beeinträchtigen, unverzüglich - außer bei Gefahr in Verzug - jedoch spätestens 14 Tage vor Beginn der Arbeiten in Kenntnis setzen, die nötigen Informationen zur Verfügung stellen und den störungsfreien Weiterbetrieb der Funkanlage bestmöglich sicherstellen.
2. Der Bestandnehmer trägt die durch die Berücksichtigung der eigenen Telekommunikationsanlage erhöhten Baukosten. Die Kosten einer vorübergehenden Verlegung der Anlagen des Bestandgebers oder Dritter oder Demontagen der Anlagen des Bestandgebers trägt, gegebenenfalls durch die Übernahme der Kosten für die Errichtung eines Provisoriums zur Aufrechterhaltung des Telekommunikationsbetriebes, ebenfalls der Bestandnehmer.
3. Der Bestandgeber verpflichtet sich, Maßnahmen zur Behebung von Unterbrechungen innerhalb einer Frist von 2 (zwei) Stunden ab nachweislicher Verständigung durch den Nachfrager einzuleiten und den Schaden ohne unnötige Verzögerung ab Verständigung zu beheben, längstens jedoch innerhalb von 24h ab nachweislicher Verständigung.

Die Entstörzeit von 24h kann bei Vorliegen der folgenden Punkte nicht garantiert werden:

- Störung durch höhere Gewalt, Naturgewalten oder Vandalismus;
- Störung durch einen Unfall (bspw Sachbeschädigung in Folge eines Unfalls bzw. Außerachtlassung der gebotenen Sorgfalt eines Dritten) oder wenn für die weitere Entstörung die Mitwirkung Dritter notwendig ist, die ursächlich für die Störung sind (zB Behinderung durch stehengelassenen Bagger, der die Versorgungsleitung gekappt hat);
- Wenn die Entstörung auf Grund von besonderen Zutrittsbestimmungen nicht sofort möglich ist oder der Zugang durch höhere Gewalt nicht möglich ist
- Wenn Lebensgefahr die Entstörung hindert;
- Wenn gesetzliche Bestimmungen oder gerichtliche Anordnungen die Entstörung hindern;
- Wenn die Entstörung den Einsatz schweren Geräts erfordert und dieser auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen bzw. behördlichen Auflagen nicht sofort möglich ist.

Auf Seite der beiden Vertragspartner ist eine Störungsmeldestelle eingerichtet:

Bestandgeber:

Tel.: +43 1 79585 6000 (7x24)

Fax.: +43 1 79585 87761



Bestandnehmer:
Tel.: _____

Diese Störungsmeldestellen nehmen 7 Tage pro Woche von 00:00 bis 24:00 Uhr Störungsmeldungen entgegen.

Die Entstörzeit beginnt ab dem Zeitpunkt der Erstellung eines Incident-Tickets. Die Aufnahme des Incident Tickets erfolgt über die vereinbarten Kanäle.

§ 6 **Vertragsdauer**

1. Der Abschluss des Untermietvertrages erfolgt auf unbestimmte Zeit. Das Untermietverhältnis beginnt mit beidseitiger Unterfertigung dieses Vertrages.

Eine Kündigung ist mit 12- monatiger Frist zum Ende eines jeden Kalendermonats zulässig.

Der Bestandgeber verzichtet für die Dauer von 8 Jahren auf sein ordentliches Kündigungsrecht. Werden Teile der geförderten Infrastruktur auf Kosten des Bestandgebers notwendigerweise komplett erneuert, so erlischt der Kündigungsverzicht für diese Teile. Übliche Wartungsarbeiten bleiben davon unberührt.

Die Vertragspartner besitzen losgelöst von einem etwaigen Kündigungsverzicht – neben §§ 1117, 1118 ABGB - ein außerordentliches Kündigungsrecht mit sofortige Wirkung wenn:

- 1.1 dem kündigenden Vertragspartner eine weitere Erbringung der Leistungen aus technischen oder betrieblichen Gründen, die er nicht selbst verursacht hat, unzumutbar ist;
- 1.2 der andere Vertragspartner ihm gegenüber mit der Zahlung von Entgelten trotz Fälligkeit und zweimaliger fruchtloser, schriftlicher Nachfristsetzung von jeweils mindestens vierzehn Tagen in Verzug ist; dies gilt nicht bei gerichtlicher Hinterlegung im Streitfall gemäß § 1425 ABGB;
- 1.3 der andere Vertragspartner die Bedingungen des aus diesem Vertrag entstehenden Rechtsverhältnisses schwerwiegend verletzt, sodass die Fortsetzung für den kündigenden Vertragspartner unzumutbar wird, und die Verletzung und deren Folgen nicht binnen 30 Tagen nach schriftlicher Aufforderung durch eingeschriebenen Brief vollständig beseitigt worden sind;
- 1.4 wenn ein Insolvenzverfahren mangels kostendeckenden Vermögens nicht eröffnet wird;



2. Eine Kündigung muss mittels eingeschriebenen Briefes erfolgen.
3. Der Vertrag ist unter der aufschiebenden Bedingung geschlossen, dass dem Bestandnehmer erforderliche - insbesondere behördliche – Genehmigungen bzw. privatrechtliche Vereinbarung zur Errichtung und zum Betrieb der „eingebrachten Anlage“ erteilt werden.

Steht endgültig fest, dass eine notwendige Genehmigung bzw. privatrechtliche Vereinbarung nicht erreicht werden kann, so gilt der Vertrag als nicht zustande gekommen. Entsprechendes gilt, wenn nicht innerhalb von 12 Monaten nach beidseitiger Unterzeichnung dieses Vertrages mit den Baumaßnahmen begonnen wird oder falls sich herausstellt, dass die Anlage des Bestandnehmers störende Einflüsse auf die Anlage des Bestandgebers hat. Zuvor wird – im letztgenannten Fall - der Bestandgeber den Bestandnehmer informieren, worin sich die Beeinträchtigung manifestiert. Er wird dem Bestandnehmer eine angemessene Frist – längsten jedoch 4 Wochen - zur Beseitigung der Beeinträchtigung durch Adaptierung der in der Zwischenzeit stillgelegten Anlagen des Bestandnehmers einräumen. Eine Wiederaufnahme des Betriebs der Anlagen des Bestandnehmers bedarf der vorhergehenden schriftlichen Zustimmung des Bestandgebers.

Kann die beanstandete Beeinträchtigung vom Bestandnehmer innerhalb dieses Zeitraums nicht beseitigt werden, hat der Bestandnehmer seine Anlage auf seine Kosten unverzüglich zu entfernen. Ein sich daraus ergebender Schaden- und Aufwandsersatz des Bestandnehmers wird einvernehmlich ausgeschlossen.

4. Die gegenständliche Vereinbarung endet JEDENFALLS automatisch – ohne dass es einer schriftlichen Kündigung bedarf - mit Beendigung des zwischen dem Bestandgeber und dem Verfügungsberechtigten der vertragsgegenständlichen Liegenschaft/en bestehenden Vertragsverhältnisses. In diesem Fall wird der Bestandgeber den Bestandnehmer umgehend benachrichtigen.

§ 7

Miete, Zahlungsbedingungen

1. Für die Mitnutzung der vertragsgegenständlichen Infrastruktur verpflichtet sich der Bestandnehmer zur Zahlung eines monatlichen Mietentgelts gemäß dem Berechnungsschema nach Anhang 1; dies ist bis zum 5. Banktag eines jeden Monats beginnend mit dem 1. des Monats des Baubeginns der eingebrachten Anlage auf das folgende Konto

Bankinstitut: Uni Credit Bank Austria AG

IBAN: AT93 1200 0528 4407 2301

BIC: BKAUATWW

Kontoinhaber: T-Mobile Austria GmbH

zu entrichten.

2. Die Miete ist gemäß dem von der Statistik Austria verlautbarten harmonisierten Verbraucherpreisindex 2015 wertgesichert. Ausgangsbasis für die Wertsicherung ist die für den Monat des Vertragsabschluss errechnete Indexzahl. Schwankungen bis 5% nach oben oder unten bleiben unberücksichtigt. Die Anpassung erfolgt am 1.1. eines jeden Jahres auf Basis der für den Oktober des Vorjahres fix verlautbarten Indexzahl und wird das sich aufgrund der Über-/Unterschreitung der 5%-Grenze ergebende neue Entgelt erstmals ab 1.1. des Folgejahres der Über-/Unterschreitung der 5%-Grenze berücksichtigt und ausbezahlt. Die neue Indexzahl bildet jeweils die Ausgangsgrundlage für die Berechnungen der weiteren Über-/Unterschreitungen.
3. Die in Anhang 1 genannte Miete versteht sich als Pauschalentgelt (Ausgenommen hiervon sind die Bestandnehmer eigene Betriebskosten (insbesondere Energie- und Wartungskosten seiner technischen Anlagen sowie übernommen Entgelte gemäß § 4 Ziffer 6 dieses Vertrages). Etwaige Planungs- und Investitionsleistungen des Bestandgebers im Zusammenhang mit der Mitbenutzung sind mit dem Mietpreis jedoch nicht abgegolten. Sie werden gesondert in Rechnung gestellt.

§ 8 Beendigung

1. Mit Beendigung des Vertragsverhältnisses steht dem Bestandgeber das Recht zu, eine dem früheren Zustand vergleichbare Wiederherstellung der genutzten Sache zu verlangen, sofern keine anderslautenden Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien getroffen werden.
2. Mit Zustimmung des Bestandnehmers kann der Bestandgeber auf dessen Wunsch hin die vom Bestandnehmer geschaffenen Einrichtungen ganz oder teilweise übernehmen, wobei die Kondition einer Nachtragsvereinbarung vorbehalten bleibt.

§ 9

Datenschutz

1. Die Vertragsteile erklären sich jeweils mit der Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten einverstanden, soweit diese für zur Verwaltung des Vertrages erforderlich sind.

§ 10 Haftung

1. Der Bestandnehmer haftet für sämtliche Schäden, die durch die Errichtung und den Betrieb der eingebrachten Anlage verursacht werden.

§ 13

Schlussbestimmungen

Anhang 1) Mietobjekt, Preisberechnung/Entgelt

KOSTENKALKULATION STANDARDANGEBOT ACCESS

Standort	SASL032	SASL_Anthering_Acharting
Antragsnummer	7268370	
Gemeinde	Anthering	

1) Parameter

Kapitalkosten (WACC)	8,00%
Wartung & Instandhaltung	2,50%

2) Kosten für förderbare Infrastruktur

Förderbare Investitionskosten	1.862,00 €
Nicht förderbare Investitionskosten	10.009,00 €
Förderung	931,00 €

<i>Wirtschaftliche Nutzungsdauer</i>	<i>20 Jahre</i>
Abschreibung p.a.	547,00 €

<i>Kapitalkostenzinssatz</i>	<i>8,00%</i>
Kapitalkosten p.a.	875,20 €

<i>Wartung & Instandhaltung</i>	<i>2,50%</i>
Wartung & Instandhaltung p.a.	273,50 €

Gesamtkosten p.a.	1.695,70 €
-------------------	------------

<i>Aufteilung der Investitions- und sonstigen Kosten</i>	
Anzahl an Nutzern	2,15

Mietkosten für die Nutzung geförderter Antennentragwerks-Infrastruktur pro Standort pro Mieter pro Jahr	
zum Zwecke der Montage und des Betriebs von maximal 3 Antennen / sonstige technische Anlage	788,70 €

Anhang 2 – Arbeitsrichtlinien

Der Bestandgeber und der Bestandnehmer vereinbaren bei notwendigen Arbeiten an ihren Funkübertragungsanlagen an einem gemeinsamen Standort nach den Punkten dieser Vereinbarung vorzugehen.

1. Anzuwendende Norm für die Arbeiten in der Umgebung von Funkanlagen ist die ÖNORM E8850 „Elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder im Frequenzbereich von 0 Hz bis 300 GHz –Beschränkung der Exposition von Personen“ vom 01.02.2006. In dieser werden die einzuhaltenden Grenzwerte für die Allgemeinbevölkerung und für beruflich exponierte Personen festgelegt. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei dem (Montage)Personal beider Vertragsparteien um beruflich exponierte Personen im Sinne der ÖNORM E8850¹ handelt und dass daher ausschließlich die einschlägigen Bestimmungen für beruflich exponierte Personen zur Anwendung kommen.
2. Im für den Bestandgeber relevanten Frequenzbereich von 10MHz bis 10GHz wird in der ÖNORM E8850 ein Basisgrenzwert von 0,4 W/kg (Ganzkörper) für beruflich exponierte Personen festgelegt.²
3. Aus diesem Basisgrenzwert werden aus Praktikabilitätsgründen sog. Referenzwerte in Watt pro Quadratmeter (W/m²) abgeleitet, die in den für den Bestandgeber relevanten Frequenzbereichen von 400 bis 2000MHz $\frac{\text{Frequenz}}{40} \text{ W/m}^2$ und von 2GHz bis 300GHz 50 W/m² für beruflich exponierte Personen betragen.³ Diese Referenzwerte betragen konkret für die von der Bestandgeberin derzeit⁴ in Verwendung stehenden Mobilfunksysteme bzw. Frequenzen:

LTE800MHz	20 W/m ²
GSM900MHz	22,5 W/m ²
GSM1800MHz	45 W/m ²
LTE1800MHz	45 W/m ²
UMTS (2100MHz)	50 W/m ²
LTE2600MHz	50 W/m ²
4. Auf Basis der in Pkt. 3. angeführten Referenzwerte und der Verwendung der konkreten technischen Konfiguration einer bestimmten Sendeanlage können gemäß ÖNORM E50383⁵ Sicherheitsabstände errechnet werden, innerhalb deren diese Referenzwerte überschritten werden. Im Sinne einer praktikablen Anwendung der ÖNORM-Bestimmungen und dieser Vereinbarung werden folgende generalisierte Sicherheitsabstände für die Anlagen des Bestandgebers festgelegt:

¹ Siehe insbesondere Kapitel 3.1.2 und 3.1.3 der ÖNORM E8850

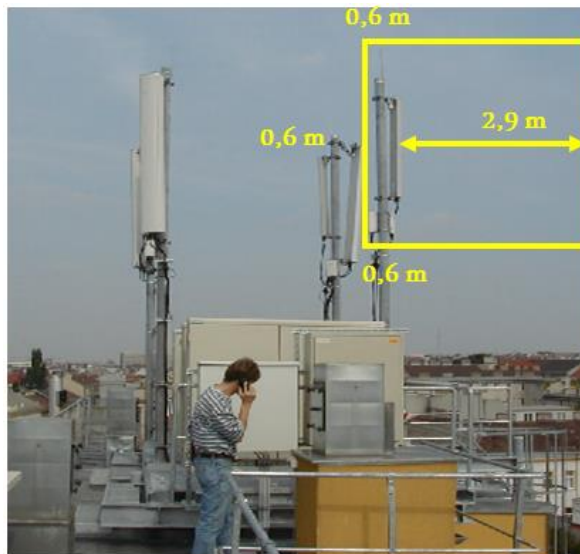
² Siehe Kapitel 5, Tabelle 5 der ÖNORM E8850

³ Siehe Kapitel 6, Tabelle 7 der ÖNORM E8850

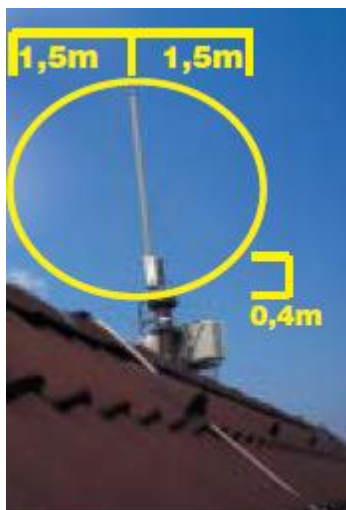
⁴ Stand April 2016

⁵ ÖVE/ÖNORM EN 50383: Grundnorm für die Berechnung und Messung der elektromagnetischen Feldstärke und SAR in Bezug auf die Sicherheit von Personen in elektromagnetischen Feldern von Mobilfunk-Basisstationen und stationären Teilnehmergeräten von schnurlosen Telekommunikationsanlagen (110 MHz bis 40 GHz)

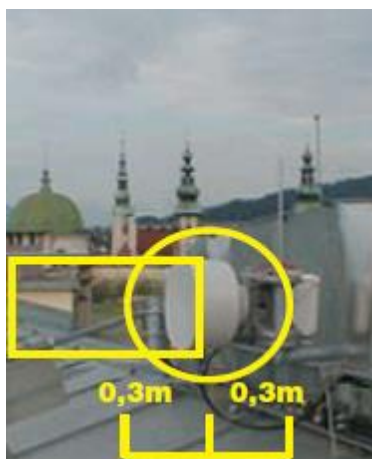
Sektorantennen:



Rundsendeantennen (Makro- und Mikrozele):



Richtfunkantennen:





Abschaltzeitpunkt, soweit technisch sinnvoll und möglich, grundsätzlich außerhalb der Spitzenzeiten einzuplanen.

- Dem Vertragspartner ist unter Ausführung der unten angeführten Punkte vier (4) Werktage vor der geplanten Abschaltung eine textliche (Brief, E-Mail, etc.) Verständigung an die in Punkt 6. angeführte bzw. gemäß Punkt 7. zu benennende Kontaktstelle zu übermitteln. Diese Verständigung muss folgende Punkte enthalten:
 - Stationsname (Projektnummer, Projektname)
 - angestrebter Abschaltzeitpunkt
 - geplante Abschaltdauer
 - Grund der gewünschten Abschaltung
 - Ansprechperson mit Telefonnummer, Faxnummer und Emailadresse
 - Die Abschaltung darf erst nach erfolgter schriftlicher Zustimmung erfolgen. Die Reaktion auf die Verständigung muss innerhalb eines (1) Werktages erfolgen.
 - Bei Beginn und Ende der Arbeiten vor Ort ist die Kontaktstelle des Vertragspartners nochmals telefonisch von den Arbeiten zu informieren. Dabei muss der Name, die Firma und eine Rückrufnummer des Anrufers bekannt gegeben werden.
 - Bei akut auftretenden Störungen bedarf es nur einer telefonischen Abstimmung zwischen den Kontaktstellen von Bestandgeber und Bestandnehmer.
9. Der Bestandnehmer verpflichtet sich, seine Mitarbeiter bzw. von ihm beauftragte Dritte nachweislich über die gemäß obigen Bestimmungen einzuhaltenden Sicherheitsabstände und die zu treffenden Maßnahmen bei Nichteinhaltung zu belehren.